

Kölner Wahlprüfsteine zum Thema Flucht und Migration 2025

Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in der [PDF](#).

Frage 9: Abschiebungen: Ermessensspielräume und Schutznormen beachten

Die Voraussetzungen für die Durchführung von Abschiebungen sind im AufenthG gesetzlich geregelt. Oftmals ist jedoch festzustellen, dass vorhandene Ermessensspielräume nur unzureichend genutzt werden, insbesondere bei Personen in Ausbildung und Arbeit, bei besonderen Integrationsleistungen oder bei Vorliegen von Vulnerabilität, z.B. bei Erkrankungen oder Behinderungen.

- Wie schützen Sie besonders vulnerable Gruppen vor Abschiebung?
- Wie achten Sie das Kindeswohl?
- Wie verhindern Sie nächtliche Abschiebungen, Abschiebungen aus Schulen und Krankenhäusern?

	Berivan Aymaz – Die GRÜNEN a) Als GRÜNE setzen wir uns auf kommunaler Ebene dafür ein, besonders schutzbedürftige Gruppen wie Kranke, Schwangere, unbegleitete Minderjährige oder Opfer von Gewalt vor Abschiebung zu schützen. Dazu halten wir die Verwaltung zu einer wohlwollenden Auslegung aller rechtlichen Spielräume an, nutzen konsequent Härtefallregelungen und sichern Betroffene durch spezialisierte Beratungsstellen sowie medizinische und psychosoziale Unterstützung ab. b) Für uns hat das Kindeswohl sehr hohe Priorität. Wir setzen uns dafür ein, dass bei allen Entscheidungen zum Aufenthaltsstatus die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt stehen. Dazu gehört eine enge Zusammenarbeit von Jugendamt, Schulen und Beratungsstellen, um stabile Lebensverhältnisse zu sichern und Familienzusammenführungen zu ermöglichen. Wir fordern, dass kinderrechtliche Standards verbindlich angewendet werden – auch bei Abschiebungen. c) <i>Wir GRÜNE lehnen nächtliche Abschiebungen strikt ab, da sie traumatisierend und unverhältnismäßig sind. Wenn Abschiebungen unabwendbar sind, dann sollen sie nur tagsüber und mit ausreichender Vorankündigung erfolgen. Abschiebungen aus Schulen und Krankenhäusern sind für uns mit einem menschenwürdigen Umgang unvereinbar – solche Maßnahmen müssen rechtlich ausgeschlossen werden. Wir fordern klare Richtlinien und Kontrollmechanismen, die diese Schutzstandards verbindlich machen.</i>
	Markus Greitemann – CDU: a) Die CDU Köln betont, dass der Staat Recht durchsetzen muss, dabei aber den Menschen nicht aus den Augen verlieren darf. Besonders verletzbare Personen – etwa bei Krankheit, Schwangerschaft, Behinderung oder seelischer Not – benötigen besondere Fürsorge. Behörden sollen ihre Ermessensspielräume verantwortungsvoll nutzen, den Einzelfall sorgfältig prüfen und fachliche Beratung einbeziehen. Wichtig ist hier die Härtefallkommission, die individuelle Situationen berücksichtigt. Wer bereits integriert ist – durch Arbeit, Ausbildung oder Familie – verdient eine faire Prüfung auf Bleiberecht. Ordnung ist Grundlage des Staates, doch Ordnung ohne Gerechtigkeit wäre kein Deutschland. b) Die CDU Köln misst dem Kindeswohl rechtlich wie moralisch höchste Bedeutung bei. Es steht über allen staatlichen Entscheidungen, auch im Aufenthaltsrecht. Familien mit minderjährigen Kindern werden daher besonders sorgfältig behandelt. Individuelle Anhörungen, fachliche Einschätzungen und genaue Prüfungen sollen Fehlentscheidungen vermeiden. Bei Entscheidungen über Duldung (§ 60a AufenthG) oder Aufenthaltstitel (§ 25 AufenthG) fließen Integrationsleistungen wie Schulbesuch, Sprachkenntnisse und soziale Einbindung ebenso ein wie bürgerschaftliches Engagement in Schule, Sport oder Gemeinde. Wer Verantwortung übernimmt und sich aktiv einbringt, wird als Teil unserer Gesellschaft anerkannt. c) Die CDU steht für einen konsequenten, rechtsstaatlichen Vollzug des Ausländerrechts. Abschiebungen sind notwendig, müssen aber respektvoll erfolgen. Nächtliche Abschiebungen oder solche aus Schulen und Krankenhäusern sollen vermieden werden, sofern keine Sicherheitsgründe entgegenstehen. Das Kindeswohl darf dabei nicht gefährdet werden. Gleichzeitig braucht es klare Regeln, schnellere Verfahren und bessere Organisation, damit Menschen ohne Bleiberecht unser Land verlassen. Freiwillige



	Ausreisen sollen durch Rückkehrberatung gefördert, Zwangsabschiebungen mit ausreichenden Kapazitäten rechtsstaatlich durchgesetzt werden.
	Heiner Kockerbeck – Die Linke: a., b., c.: Wir sind gegen Abschiebungen und unterstützen Widerstand gegen Abschiebungen!
	Volker Görzel – FDP: Die Ausländerrechtliche Beratungskommission, in der wir seit Gründung gerne und gut vertreten sind, werden Härtefälle berücksichtigt. Dieses Instrument ist einzigartig und muss Bestand haben. Wir sind gegen Abschiebungen aus Schulen, dies ist auch in Köln festgeschrieben.
	Inga Feuser – Gut & Klimafreunde: a) Schutz vulnerabler Gruppen Wir fordern eine strikte Berücksichtigung von Vulnerabilität, insbesondere bei Krankheit, Behinderung oder psychischer Belastung. b) Kindeswohl beachten GUT & KLIMA FREUNDE sehen das Kindeswohl als unantastbar – Abschiebungen dürfen nicht gegen Kinderrechte verstoßen. c) Keine nächtlichen Abschiebungen Wir lehnen nächtliche oder traumatisierende Abschiebepraktiken entschieden ab – insbesondere aus Schulen oder Kliniken.
	Torsten Burmester – SPD: Wir stellen uns konsequent gegen Abschiebungen in unsichere Staaten. Humanitäre Härtefallregelungen werden wir konsequent anwenden. Wir setzen auf Integration statt Abschiebung und wollen sicherstellen, dass Familien nicht auseinandergerissen werden. Entscheidungen sollen immer den individuellen Lebensweg, die Integration und die Verwurzelung in unserer Stadt berücksichtigen.
	Lars Wolfram – Volt: Volt Köln setzt sich für humane Abschiebungen ein und fordert, weitere Belastungen zu vermeiden. Das gilt besonders für vulnerable Gruppen, wie Kinder, Schwangere und Kranke. Abschiebungen sollen nicht nachts oder aus Schulen und Krankenhäusern heraus erfolgen. Die Volt-Fraktion hat im Rat beschlossen, dass die Stadt klare Leitlinien zum Schutz des Kindeswohls bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen entwickelt, gemeinsam mit dem Jugendamt und mit dem Runden Tisch für Flüchtlingsfragen. Kölns Selbstverpflichtungen als „Kinderfreundliche Kommune“ und „Sicherer Hafen“ müssen berücksichtigt werden. Bei Ausreisepflicht sollen frühzeitig die Ausländerrechtliche Beratungskommission (ABK), die Härtefallkommission des Landes und die Beratungsstellen für Geflüchtete einbezogen werden. Besonders bei Abschiebungen von Minderjährigen soll die ABK aktiv beteiligt werden. Volt wird sich dafür einsetzen, dass die Leitlinien zum Kindeswohl konsequent angewendet werden.



	Hans Mörtter – parteilos: a) Vulnerable Gruppen müssen geschützt werden. Krankheit, Behinderung oder nachweisliche Integration sind klare Gründe gegen Abschiebung. b) Das Kindeswohl hat oberste Priorität. Kinder brauchen Sicherheit, nicht Angst vor Abschiebung. c) Ich werde dafür sorgen, dass es keine nächtlichen Abschiebungen und keine Abschiebungen aus Schulen oder Krankenhäusern gibt.
	Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft: a. Besonders vulnerable Gruppen werden gezielt geschützt: Kindeswohl und Gesundheit werden respektiert, es sollen keine nächtlichen Abschiebungen oder Abschiebungen aus sensiblen Räumen geben. Die Nutzung aller existierenden Spielräume wird zugesichert.
	Heike Herden – Partei des Fortschritts: 9 a) Besonders schutzbedürftige Menschen verdienen größtmögliche Sorgfalt. Standardisierte Prüfungen und enge fachliche Begleitung verhindern falsche Entscheidungen. 9 b) Das Wohl von Kindern steht an erster Stelle. Bildungswege und Familienbindungen müssen sichtbar in Entscheidungen einfließen. 9 c) Abschiebepraktiken dürfen nicht zusätzlich verletzen. Nächtliche Maßnahmen sowie Zugriffe in Schulen oder Krankenhäusern lehne ich ab. Respekt und Vorsicht sind hier die Leitlinien.

Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in einer [PDF](#) (38 Seiten)

Die Antworten zu den einzelnen Fragen gibt es unter den folgenden Links

[Frage 1:](#) Migration als Teil von Köln gestalten

[Frage 2:](#) Aufnahmepolitik weiterentwickeln

[Frage 3:](#) Ausländerbehörde (ABH): Funktionieren und Funktion als Willkommensbehörde

[Frage 4:](#) Bleibeperspektiven schaffen

[Frage 5:](#) Ausbildung und Arbeit ermöglichen

[Frage 6:](#) Spracherwerb fördern

[Frage 7:](#) Kita-Plätze schaffen

[Frage 8:](#) Menschenwürdige Versorgung unterstützen (Bsp. Gesundheit, Bezahlkarte, Wohnen)

[Frage 9:](#) Abschiebungen: Ermessensspielräume und Schutznormen beachten

[Frage 10:](#) Kirchenasyl schützen

[Frage 11:](#) Kommunale Spielräume behalten

[Frage 12:](#) Freiwilliges Engagement fördern

